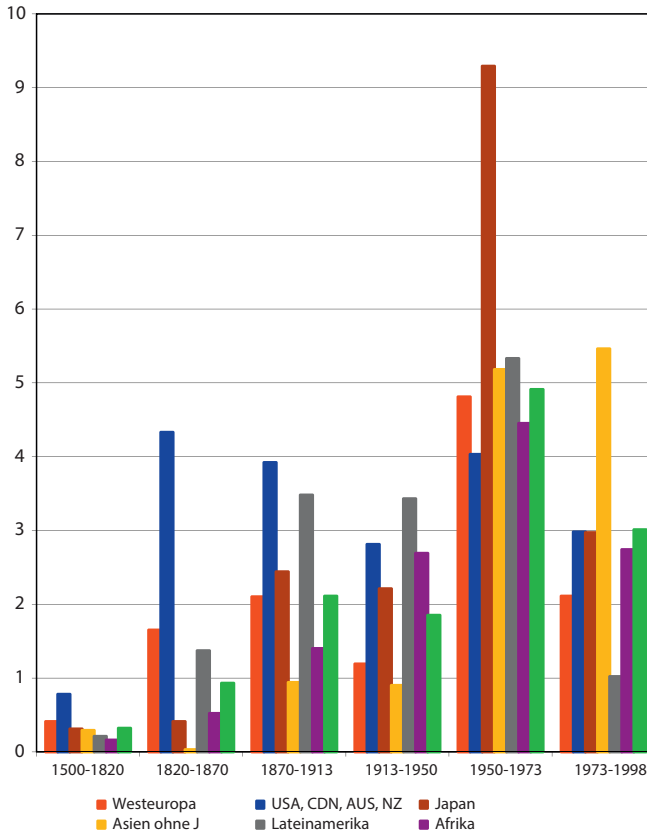
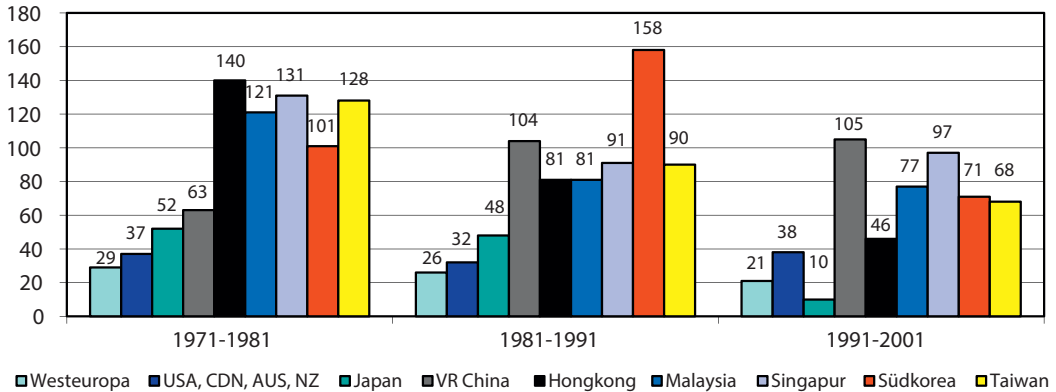


Grafik 2 Prozentuales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

Quelle: Angus Maddison, *The World Economy*, Paris 2006, S. 126.

Die Gegensätze zwischen den Klassen um die Verteilung des Sozialprodukts, die wir im Zusammenhang mit der Industriellen Revolution angesprochen hatten, erledigten sich mit dem wachsenden Wohlstand keineswegs. Denn der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse bestand ja fort: Die gemeinschaftlich erzielten Gewinne wurden und werden nicht gleichmäßig zwischen Unternehmen und Arbeitnehmerschaft verteilt, sondern gingen bzw. gehen in das Privateigentum derjenigen über, denen die Maschinen und Anlagen gehören. Infolgedessen blieben Konflikte um Löhne und Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen auf der Tagesordnung. Allerdings erlaubten die gewachsene Größe des zur Verteilung anstehenden Sozialprodukts und die eindrucksvoll steigende Arbeitsproduktivität aus Sicht des Besitzbürgertums weiter reichende Zugeständnisse als in vorangegangenen Epochen. Dafür sprach auch ein außerökonomischer Faktor:

Grafik 3 Prozentuales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in industrialisierten und sich industrialisierenden Ländern (1971–2001)



Berechnet nach *Angus Maddison, The World Economy, Paris 2006, S. 427, 464, 552 f.*

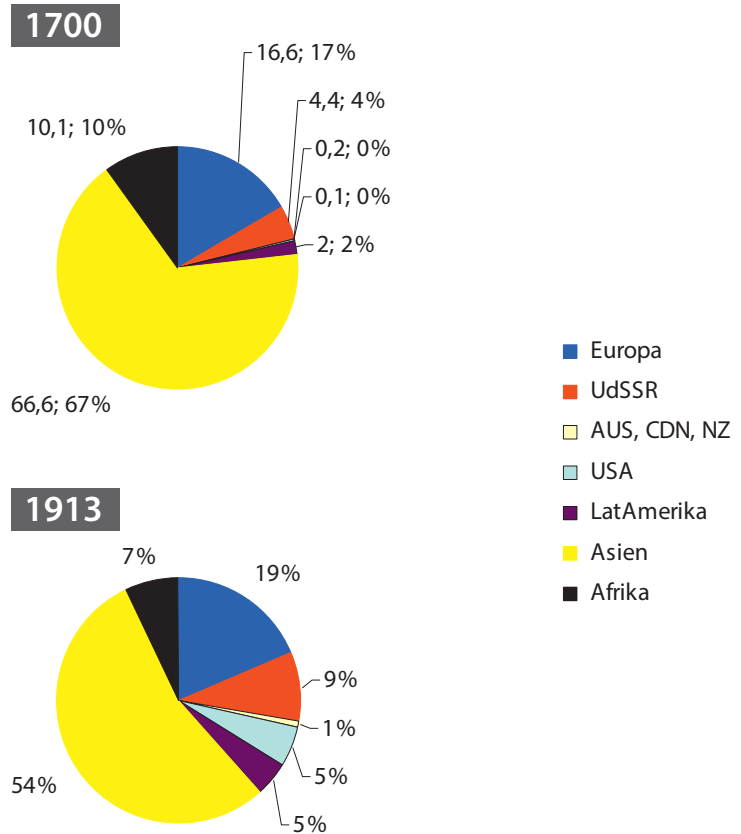
radikalen Steuersenkung für Einkommensstarke, Vermögende und Unternehmen begann ein wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Generalangriff auf den Klassenkompromiss, der nach dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden war. Mehr und mehr diktierten anonyme und niemandem verantwortliche »Märkte« statt der Wähler/innen die Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im Gegensatz zu Nordamerika und Westeuropa wies Japan auch nach 1973 ein hohes wirtschaftliches Wachstum auf. Grafik 3 zeigt, dass die japanischen Zuwachsraten bis 1991 deutlich über denen Westeuropas und der europäischen Abkömmlinge USA, Kanada, Australien und Neuseeland lagen. Dann endete der japanische Aufholprozess und es trat eine anhaltende Stagnation ein.

Die Grafik dokumentiert auch die ehrgeizige Aufholjagd derjenigen ost- und südostasiatischen Staaten, deren Industrielle Revolution erst in den 1960er Jahren einsetzte. Anfangs anspruchlose Konsumgüter für die europäischen und nordamerikanischen Märkte herstellend, haben sie längst auch höherwertige Produkte in ihre Angebotspalette aufgenommen. Die Wachstumsraten dieser Volkswirtschaften erreichte(n) bis dahin ungekannte Größenordnungen und es ist abzusehen, dass sie sich erst »normalisieren«, wenn ihr Wohlstandsniveau dem der altindustriellen Regionen entspricht.

Auffallend ist, dass in Ost- und Südostasien die gleichen Voraussetzungen wirken wie in der Industriellen Revolution Westeuropas und Nordamerikas:

- die Abkehr von der feudalgeseellschaftlichen bzw. agrarmanagerialen Arbeitsmoral und die Erzeugung »überschüssigen« Kapitals,
- das Vorhandensein eines genügend großen und alphabetisierten Arbeitskräftepotenzials als Vorbedingung für die Bildung eines Humankapitals mit hoher Arbeitsmoral,

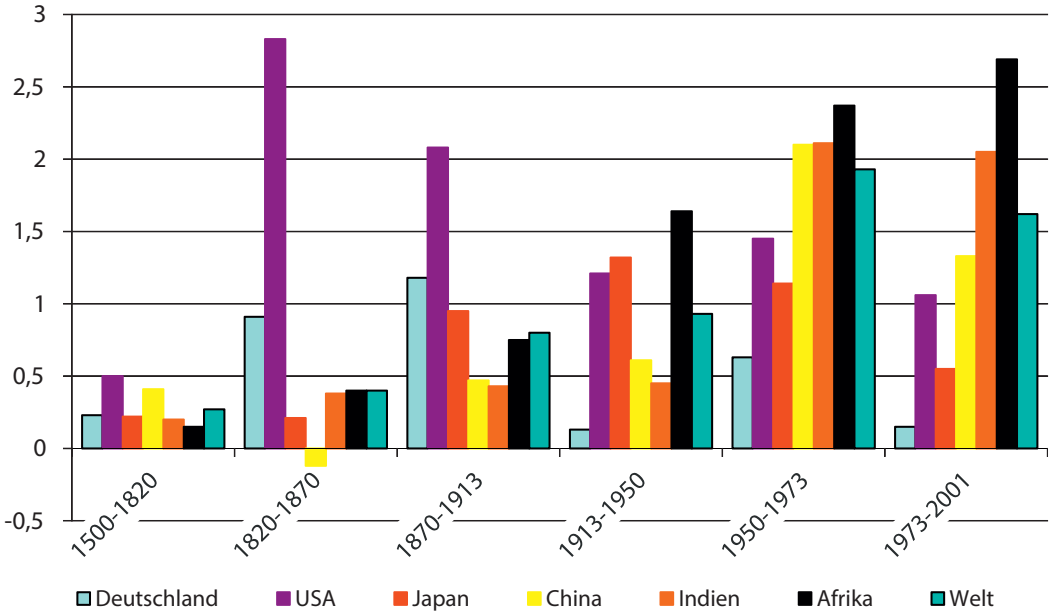
Grafik 4 Verteilung der Bevölkerungen über die Welt, 1700 und 1913

Quelle: Angus Maddison, *The World Economy*, Paris 2006, S. 638.

parteien – zunächst vor allem als Klassenparteien der (Industrie-)Arbeiterschaft –, die anders als liberale Wohlstandsbürger an Politik herangingen, die programmatisch dachten und auf andere Weise miteinander und mit ihrer Umgebung kommunizierten, die ihren Forderungen allein ihrer großen Zahl wegen Gewicht verleihen konnten² und dabei zu sein schienen, ihre quantitative Mehrheit in politische Mehrheiten umzuformen und die Gesellschaft zu verändern. *Max Weber* (1864–1920) sah eine »Massendemokratisierung« heraufkommen, in der »der politische Führer nicht mehr auf Grund der Anerkennung seiner Bewährung im Kreise einer Honoratiorenschicht zum Kandidaten

2 Vgl. *Karl Marx*: [Rede Manteuffels – Der Kirchenkonflikt in Preußen – Aufruf Mazzinis – Der Londoner Magistrat – Reform Russells – Arbeiterparlament], in: MEW, Bd. 9, Berlin 1960, S. 519–526 [523].

Grafik 7 Jährliches Bevölkerungswachstum in Prozent in der Welt und in ausgewählten Regionen, 1500 bis 2001

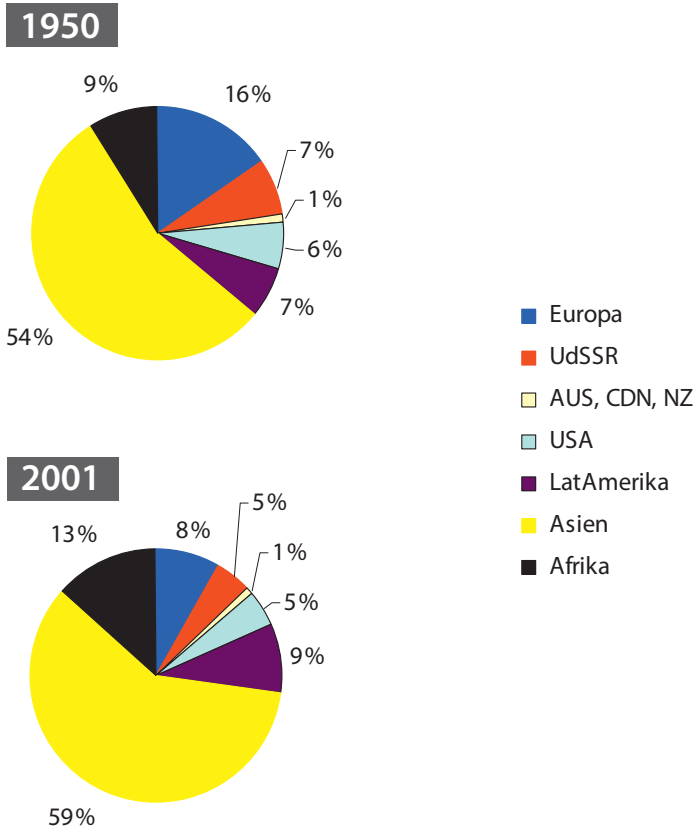


Quelle: Angus Maddison, *The World Economy*, Paris 2006, S. 637.

für die erste Milliarde um das Jahr 1800 noch rund 140 000 Jahre gebraucht, so benötigte sie für die zweite Milliarde nur 130 Jahre, für die dritte sogar nur 30, für die vierte 14, für die fünfte 13 und für die sechste und siebente Milliarde nur jeweils zwölf Jahre.¹⁴

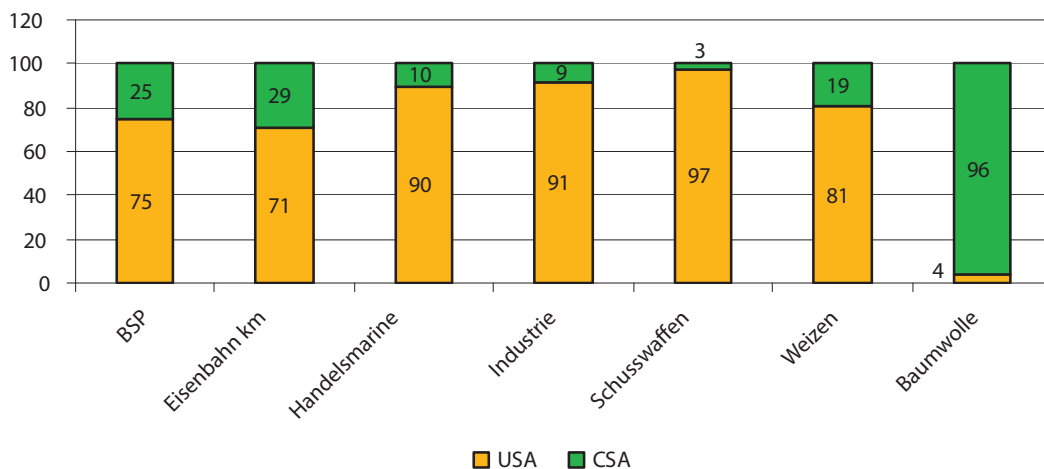
Diese immense Steigerung der Bevölkerungszahlen war eine Folge des schroffen Rückgangs der Sterberaten in den so genannten Entwicklungsländern nach 1950. Ursächlich hierfür waren von außen kommende Einflüsse wie der Import medizinischen und naturwissenschaftlichen Wissens und Könnens aus den Industriestaaten und die Eindämmung von Hungerkatastrophen. Auf den kulturellen Bruch mit den überkommenen Traditionen, den der Rückgang der Sterblichkeit mit sich brachte und bringt, waren die meisten Entwicklungsregionen allerdings nicht vorbereitet. Anstatt den demografischen Übergang nachvollziehen zu können, den Europa und Nordamerika vorgezeichnet hatten, behielten sie hohe, für Agrarwirtschaften typische, Geburtenraten bei, die nicht zu ihren gesunkenen und für Industriestaaten charakteristischen Sterberaten passten (»demografischer gap«).

14 Vgl. Carl Haub: *Dynamik der Weltbevölkerung 2002*, Berlin o. J., S. 11.

Grafik 8 Verteilung der Bevölkerungen über die Welt, 1950 und 2001

Quelle: *Angus Maddison, The World Economy, Paris 2006, S. 638.*

jahreszeitlich bedingte Wanderung Vieh haltender Hirtenvölker, als Kennzeichen vorindustrieller Gesellschaften heute nur mehr eine Randexistenz fristet, begleiteten und begleiten binnenländische und grenzüberschreitende Zu- und Abwanderungen das demokratische Zeitalter in teilweise riesenhaftem Umfang. So verließen Frauen und Männer aufgrund von Dürren, Missernten und Epidemien oder aufgrund von Reichtumsgefällen ihre Wohnorte und zogen in die eine oder die andere Himmelsrichtung. Andere wanderten in Erwartung von Erwerbsgelegenheiten, von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen von einem Ort zum anderen. Auch die Furcht vor Diskriminierung und Verfolgung trieb zahllose Menschen in die Ferne. Ihnen gilt die **Genfer Flüchtlingskonvention** zum Schutz politisch, rassisch, national, religiös und sozial Verfolgter von 1951, die am 22. April 1954 in Kraft trat. Ganz anders die Situation der Expertinnen und Experten, die durch die Aussicht auf freiere Entfaltung ihrer Kreativität angelockt wurden

Grafik 9 Kräfteverhältnisse von Union und Sezessionisten

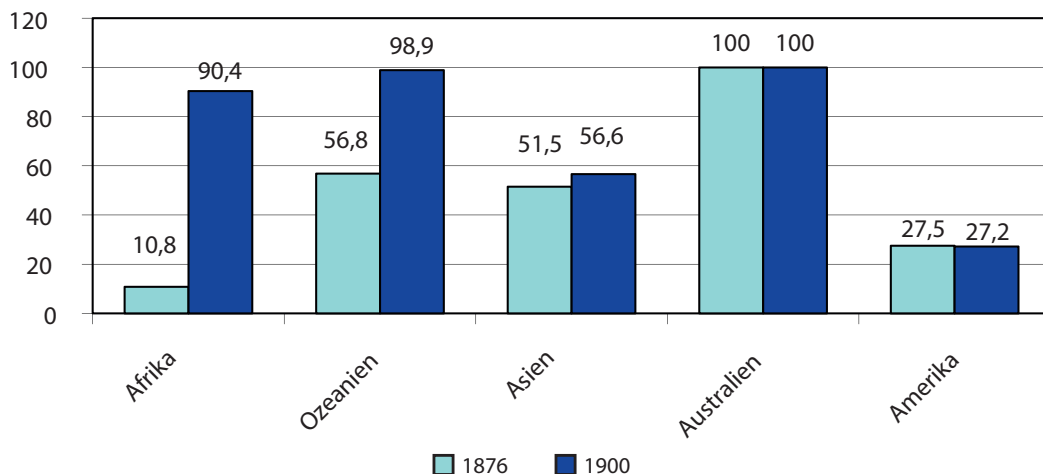
Berechnet nach: Knaurs Großer Historischer Weltatlas, München/Zürich 1982, S. 223.

Die Einwanderinnen und Einwanderer aus Europa suchten ihr Glück wegen der größeren Offenheit, moderner Infrastrukturen und besserer Arbeitsangebote zu 90 Prozent im Norden. Kaum jemand, der den halbfeudalen und autoritären Systemen der Alten Welt entflohen, mochte sich mit der Sklavenhaltermentalität des Südens anfreunden. Die demografischen Kräfteverhältnisse zwischen Nord und Süd änderten sich aber nicht nur infolge der Immigration. Innerhalb der USA wanderten doppelt so viele Menschen von Süden nach Norden wie von Norden nach Süden, so dass am Ende der 1850er Jahre nur noch ein Drittel der Wahlberechtigten im Süden wohnte.

Die millionenfache europäische Einwanderung in den Norden verstärkte den Druck auf die Besiedlung des Westens, weil zum einen die Industrie nicht in der Lage war, sämtliche Einwanderer zu beschäftigen und weil zum anderen die Befriedigung des Nahrungsbedarfs nach der Erschließung von Farmland rief. In den 1840er Jahren lösten die Wanderungen von Menschen aus dem Norden in die vermeintlich herrenlosen Gebiete zwischen Appalachen und Mississippi und später in den Fernen Westen die Westausdehnung der südstaatlichen Baumwollpflanzerei ab. Die neuen Nordstaaten-Farmer des Westens und die junge Industrie des Nordens verband ein reges Interesse am gegenseitigen Gütertausch und an einem wirksamen Schutz vor Importen. Bei weiterem Fortschreiten der eingetretenen Veränderungen durften die Eigentümer der jungen Industrieunternehmen zuversichtlich auf eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in den Staaten des Mittleren Westens zugunsten der von ihnen gewünschten Zollpolitik hoffen.

Der gesellschaftsstrukturelle Gegensatz zwischen Norden und Süden entzündete sich wiederholt an der Sklaverei. Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts herrschte ein quantita-

Grafik 10 Europäische Kolonialmächte (einschließlich USA) herrschten 1876 bzw. 1900 über ... Prozent der Landmassen in ...



Quelle: Alexander Supan, *Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien*, Gotha 1906, S. 254.

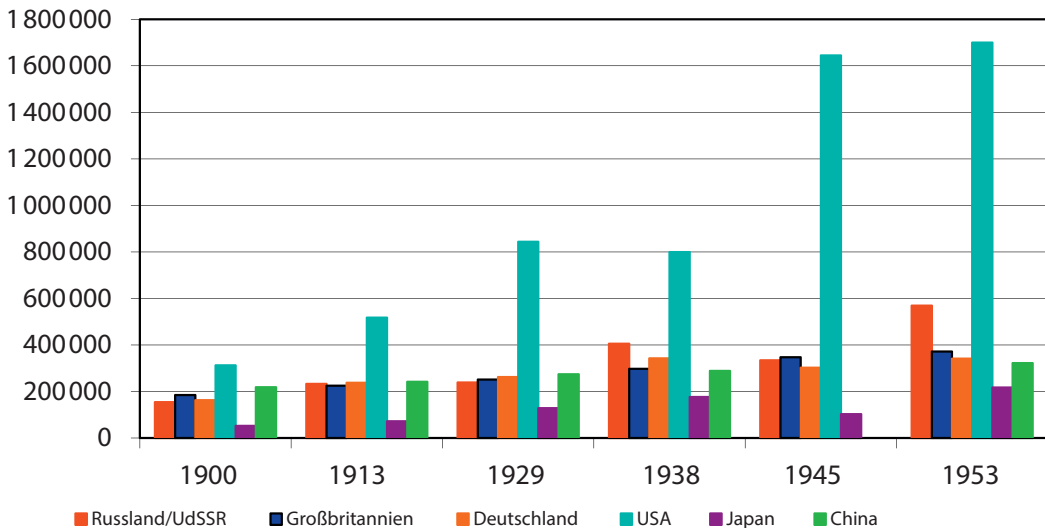
Reich. Anlass der Konferenz waren die friedliche Regelung konkurrierender Ansprüche Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens (das die Einberufung der Konferenz vorgeschlagen hatte) und Portugals auf das ausgedehnte Gebiet um den Kongo-Strom sowie die Inbesitznahmen Togos, Kameruns und Südwestafrikas durch das Deutsche Reich (1884). Die Konferenzteilnehmer kamen im Wesentlichen überein, eine Freihandelszone in Zentralafrika zu installieren, den Kongo-Strom und den oberen Niger-Strom für die internationale Schifffahrt freizugeben und dem belgischen König *Leopold II.* (1835–1909) das Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo als Privatkolonie zu überlassen. Der Monarch presste sein afrikanisches Finanzunternehmen⁴⁸ auf der Jagd nach Kautschuk, dessen Wert mit zunehmender Automobilität wuchs, rücksichtslos aus: Dorfzerstörungen, Versklavungen, Misshandlungen, Verstümmelungen (vor allem Abhacken der Hände) und Morde prägten den kolonialen Alltag im Kongo.⁴⁹ Die kongolesische Bevölkerung wurde zwischen 1880 und 1920 in beispielloser grausamer Weise um zehn Millionen Menschen, das entsprach der Hälfte der Gesamtzahl, dezimiert.⁵⁰

48 Vgl. *Félicien Cattier: Étude sur la situation de l'État Indépendant du Congo*, 2. Auflage Brüssel 1906, S. 341. Den Status einer Privatkolonie behielt der Kongo bis 1908. Dann übergab der König seinen Besitz an den belgischen Staat.

49 Vgl. *David Van Reybrouck: Kongo. Eine Geschichte*, Frankfurt/Main 2012, S. 117 ff.

50 Vgl. *Adam Hochschild: Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechens*, Stuttgart 2000, S. 331.

Grafik 11 BIP einiger ökonomisch bedeutender Staaten 1900–1953 in Millionen international Geary-Khamis Dollars von 1990



Quelle: Angus Maddison, *The World Economy*, Paris 2003, S. 426–429, 463, 476 f., 548, 550, 552.

der Sozialdemokratie hintanzustellen. Die Menschewiki hingegen orientierten sich eher an den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas und bedachten dabei nicht, dass sie es mit einem durchgreifend anderen gesellschaftlichen und politischen System zu tun hatten als ihre Schwesterparteien.¹¹ Nach 1903 gab es im Grunde zwei sozialdemokratische Parteien unter dem Dach der SDAPR. Die Trennung erfolgte auf der sechsten Parteikonferenz zu Prag im Januar 1912, zu der die Menschewiki gar nicht erst eingeladen wurden. Bei dieser Zusammenkunft schufen die Bolschewiki eine »Partei von neuem Typus«.¹² Sie beriefen unter anderem *Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili*, genannt *Stalin* (1878–1953), und *Grigori Jewsejewitsch Sinowjew* (1883–1936) in das Zentralkomitee der Partei. Die Partei vertraute *Stalin* die Leitung des Büros des ZK an.

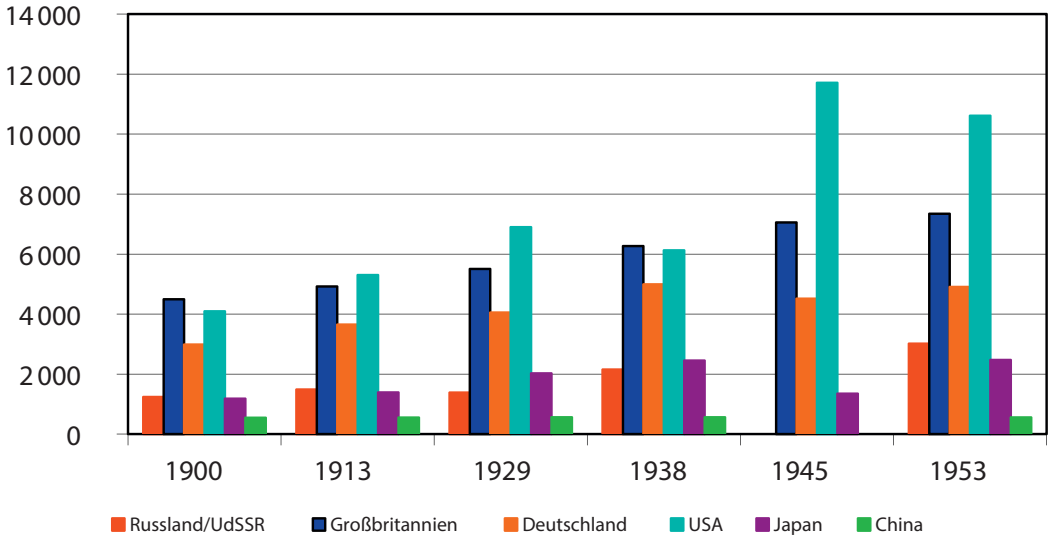
Russland war vor dem Ersten Weltkrieg Europas größter Produzent und Exporteur landwirtschaftlicher Produkte.¹³ Dank der Größe seiner Fläche und Bevölkerung lag Russlands Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1900 beinahe gleichauf mit dem deutschen und deutlich vor dem japanischen. 1913 war es größer als das britische (vgl. Grafik 11).

11 Vgl. *Manfred Hildermeier*: Die Russische Revolution 1905–1921, Frankfurt/Main 1989, S. 40.

12 Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU(B): Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1946, S. 174.

13 Vgl. *Manfred Hildermeier*: Die Sowjetunion 1917–1991, München 2007, S. 2.

Grafik 12 BIP pro Kopf der Bevölkerung in einigen ökonomisch bedeutenden Staaten 1900–1953 in Millionen international Geary-Khamis Dollars von 1990

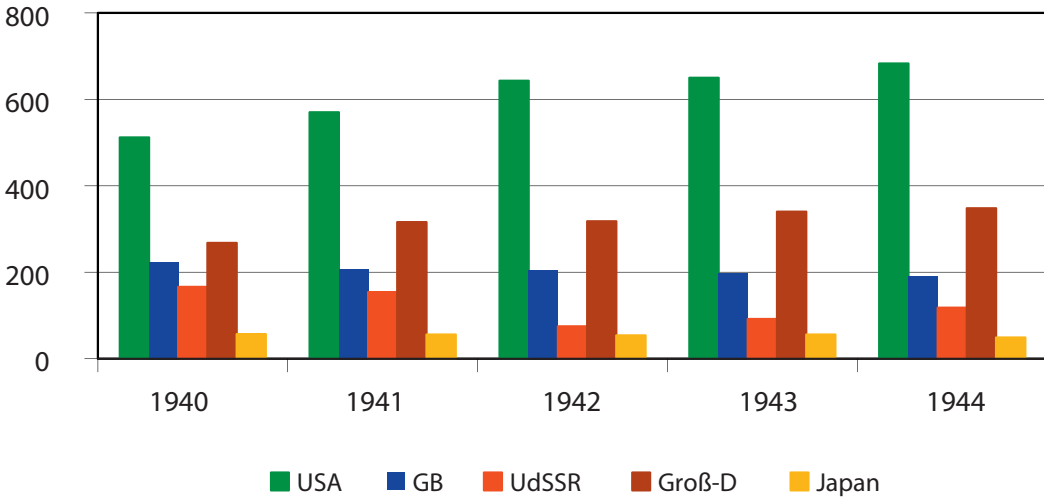


Quelle: Angus Maddison, *The World Economy*, Paris 2003, S. 438–441, 466, 478 f., 558, 560, 562.

Dennoch war Russland nur eine vermeintliche wirtschaftliche Großmacht. Denn um sein beachtliches Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften, benötigte das Zarenreich eine riesige Zahl von Menschen. Die Arbeit wurde also vergleichsweise unwirtschaftlich verrichtet. Pro Kopf der Bevölkerung jedenfalls fiel die russische Wirtschaftsleistung 1900 und 1913 deutlich geringer aus als die britische, die deutsche und die US-amerikanische. Japan, das um die Jahrhundertwende noch hinter Russland rangierte, überholte es bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges (vgl. Grafik 12).

Die Sicherheit, die die große Fläche, die große Zahl von Menschen und das hohe Bruttoinlandsprodukt vermittelten, entpuppte sich als trügerisch. Im Konflikt um den Einfluss in der chinesischen Mandschurei und in Korea erklärte das dynamisch aufsteigende Japan der europäischen Großmacht Russland den Krieg (10. 02. 1904), nachdem es knapp zehn Jahre zuvor China niedergedrungen hatte. In diesem Krieg drang Japan über die koreanische Halbinsel bis in die Mandschurei vor. Es vernichtete die von der Ostsee über 18 000 Seemeilen in acht Monaten herangeführte russische Flotte (27./28. 05. 1905) und konnte damit als Sieger über eine abendländische Macht endgültig in den Kreis der Großmächte aufsteigen. Im Frieden von Portsmouth, den die USA vermittelt hatten, fielen der Süden Sachalins und die russischen Konzessionen für die mandschurischen Eisenbahnen an Japan (05. 09. 1905).

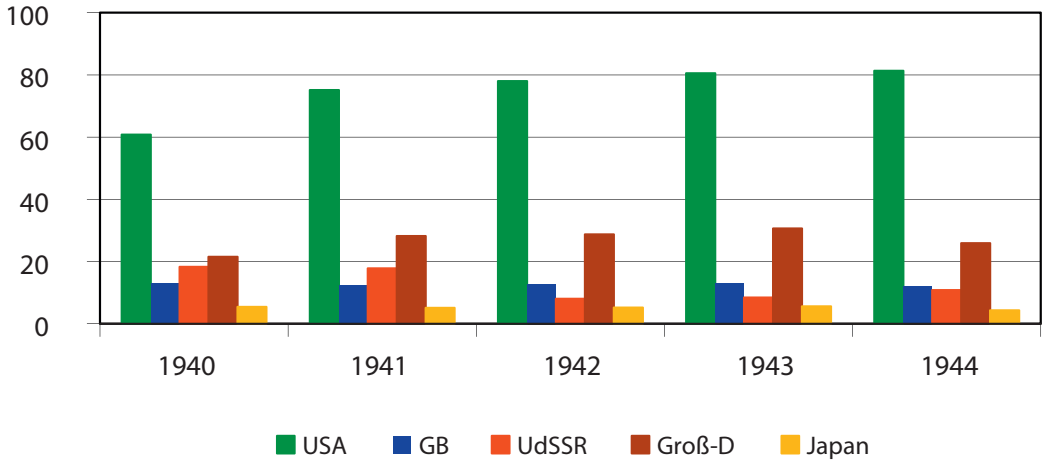
Diese militärische Niederlage wirkte in Russland ernüchternd. Die bürgerliche Intelligenz empörte sich über die Unfähigkeit und Selbstherrlichkeit des Zarismus. Sie

Grafik 13 Kohleproduktion in den großen kriegführenden Staaten 1940–1945 (in Millionen Tonnen)

Quelle: Alan S. Milward, *Der Zweite Weltkrieg*, München 1977, S. 96 ff.; Bureau of the Census, Washington D. C.

Wie Deutschland war auch Japan an einem kurzen Krieg und einem raschen Abschluss der Eroberungspolitik interessiert. Hierfür sprachen vor allem rüstungswirtschaftliche Gründe, die auch die Zielrichtung der japanischen Eroberungen bestimmten: Vorrangig war die rasche Deckung kriegswichtiger Rohstoffe. Japans entscheidender Nachteil im Vergleich zu Deutschland bestand darin, dass die von ihm eroberten Gebiete arm und relativ rückständig waren. Keines davon war wirtschaftlich für Japan auch nur annähernd so ertragreich wie es Frankreich für Deutschland war. Ökonomisch verheerend war für Japan die Niederlage gegen die USA in der Schlacht um Guadalcanal, die Hauptinsel der Salomonen mit der Hauptstadt Honiara (07. 08. 1942–09. 02. 1943). Von da an waren die Seewege nach Japan und Importe dorthin nicht mehr sicher. Mit dem Ausbleiben genügenden Nachschubs geriet die japanische Wirtschaft in ernsthafte Schwierigkeiten.

Mit dem Scheitern ihrer »Blitzkrieg«-Strategie, 1942, entdeckten Deutschland und Japan notgedrungen, dass nicht einzelne militärische Erfolge an den Fronten den Krieg entscheiden würden, sondern die Kapazitäten und die Effizienz der industriellen und agrarischen Produktion. An die Stelle kurzfristiger Beschlagnahme von Gütern und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen gingen beide Mächte zu einer wirtschaftlichen Integration der von ihnen besetzten Gebiete über. Während Deutschland aber aus den von ihm besetzten Gebieten unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen ziehen konnte, musste Japan zunächst investieren, um in Zukunft Erträge zu erwirtschaften. Wichtigstes Ziel japanischer Auslandsinvestitionen war das relativ entwickelte Korea. Doch nicht nur Japan und Deutschland konzentrierten sich auf die Kriegsproduktion.

Grafik 14 Stahlproduktion in den großen kriegführenden Staaten 1940–1945 (in Millionen Tonnen)

Quelle: Alan S. Milward, *Der Zweite Weltkrieg*, München 1977, S. 96 ff.; eigene Berechnungen nach Bureau of the Census, Washington D. C.

Bereits 1941/42 war die rüstungswirtschaftliche Übermacht der Alliierten, vor allem der USA, für die »Achsenmächte« uneinholbar. Im Frühherbst 1944 erreichte die Kriegsproduktion der großen Industriestaaten ihren Zenit. Danach sanken die Produktionsmengen sowohl in Japan als auch in Deutschland. Zu gleicher Zeit begannen die Alliierten, den baldigen Sieg vor Augen, auf Friedensproduktion umzuschalten. Das hinderte nicht, dass die Rüstungsproduktion für die USA die Basis für die industrielle Hochkonjunktur nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bildete.

Der Krieg forderte aber nicht allein Rüstungsgüter. Ebenso wichtig war es, die Bevölkerungen zu ernähren, um ihre Zustimmung zum Krieg zu gewinnen und zu bewahren und um sie in der Kriegswirtschaft einsetzen zu können. Im Vergleich zu Friedenszeiten vermehrte der Krieg sogar die Nachfrage nach Lebensmitteln, weil mehr Menschen anstrengender Erwerbsarbeit nachgingen, weil die Arbeitszeiten länger wurden, weil höhere Löhne die Kaufkraft und damit die Nachfrage steigerten und weil die Soldaten besser ernährt werden sollten. Wichtiger als die Rationierung wurden daher die Steigerung der Anbauflächen und die Vermehrung des Ackerbaus auf Kosten der Viehzucht.

Wie im Ersten so setzten auch im Zweiten Weltkrieg die Westmächte zur Finanzierung des Krieges eher auf Steuererhöhungen. In Großbritannien wurde der Krieg zu 53 Prozent, in Kanada zu 55 Prozent und in den USA zu 66 Prozent (1944) bzw. 80 Prozent (1945) steuerfinanziert. Deutschland hingegen stützte sich wiederum mehr auf Anleihen. Die Staatsverschuldung verzehnfachte sich während des Krieges und hinterließ der Friedenswirtschaft eine zerrüttete Währung.